

mit Schwerpunkt **M&A Report**

Deutschland muss steigendem Risiko bei der Energieversorgung begegnen

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland wird bis zum Jahr 2030 um 21 Prozent im Vergleich zum Jahr 2007 zurück gehen. Verantwortlich dafür sind vor allem deutliche Steigerungen bei der Energieproduktivität. Gleichzeitig steigt jedoch die Abhängigkeit Deutschlands von den Importen fossiler Energieträger. Dies zeigt die Energieprognose 2009. Sie wurde vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) gemeinsam mit dem Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart und dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) erstellt.



Die Stromnachfrage in Deutschland steigt. Es droht die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger.

Deutschland muss sich vielen energiepolitischen Herausforderungen stellen. Neben ambitionierten Klimaschutzzielen der EU, der Importabhängigkeit von immer knapper werdenden fossilen Rohstoffen und daraus folgenden Preisanstiegen gehört dazu ein erheblicher Neubaubedarf im deutschen Kraftwerkspark – mitbestimmt durch die Frage nach der Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellte Energieprog-

nose 2009 gibt Antworten auf die Fragen nach der Zukunft des Primärenergieverbrauchs, der Strom- und Gasmärkte, des Wärmebedarfs, des Treibstoffverbrauchs im Verkehr und den Folgen der umwelt- und wettbewerbspolitischen Rahmensetzung.

Simulationsanalysen

Den modellgestützten Simulationsanalysen liegen Annahmen über die sozioökonomische Entwicklung Deutsch-

lands zugrunde, wie etwa eine Bevölkerungsprognose des statistischen Bundesamtes, die von einer leicht sinkenden Einwohnerzahl bei gleichzeitigem Anstieg der Anzahl der Haushalte ausgeht. Bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung legt die Energieprognose ein moderates durchschnittliches Wachstum von 1,2 Prozent zu Grunde. In den Simulationsmodellen, die Energietechnologien umfassen, wird der zu erwartende technische Fortschritt etwa bei Kraftwerken oder auch Haushaltsgeräten mit erfasst. Darüber hinaus unterstellt die Analyse eine Beibehaltung beziehungsweise Fortentwicklung der umwelt- und klimapolitischen Gesetzgebung in Deutschland und Europa, insbesondere des Handels mit Emissionszertifikaten und der Förderung erneuerbarer Energien. Neben der Referenzprognose, die

IN DIESER AUSGABE

| | |
|--|------|
| Deutschland muss steigendem Risiko bei der Energieversorgung begegnen | 1 |
| Zweifel am Konjunkturaufschwung vor allem im angelsächsischen Raum | 2 |
| Hartz-Reformen senken Arbeitslosigkeit | 3 |
| Innovative Unternehmen lassen sich von Kreditabsagen weniger bremsen | 4 |
| Nachgefragt: Wo lohnt es sich aus steuerlicher Sicht zu investieren? | 5 |
| Fallende Arbeitseinkommensquote – Beleg für mehr Ungleichheit? | 6 |
| ZEW Intern | 7, 9 |
| Wirtschaftspolitik aus erster Hand | 8 |
| Daten und Fakten | 11 |
| Standpunkt | 12 |

FORSCHUNGSERGEBNISSE

von der Beibehaltung des Kernenergieausstiegs ausgeht, wurde eine Variante mit einer Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf 40 Jahre gerechnet.

Die Referenzprognose kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Primärenergiebedarf bis zum Jahr 2030 um 21 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 2007 sinken wird. Damit einher geht die Steigerung der Energieproduktivität um zwei Prozent pro Jahr. Mineralöl bleibt weiterhin der wichtigste Primärenergieträger. Der Anteil der Kohle am Primärenergieverbrauch geht zurück. Getrieben durch eine steigende Nachfrage aus dem Stromsektor – ausgelöst vor allem durch die zunehmende Anzahl

an Singlehaushalten – steigt jedoch der entsprechende Anteil des Erdgases.

Stromverbrauch steigt

Die Importabhängigkeit, gemessen als Anteil der Nettoimporte fossiler Energieträger am Gesamtverbrauch, steigt weiter von rund 73 Prozent im Vergleichsjahr 2007 auf 87 Prozent im Jahr 2030. Der Stromverbrauch, durch die Wirtschaftskrise zwischenzeitlich leicht gesunken, steigt bis zum Jahr 2030 wieder an und wird zunehmend durch Importe gedeckt. Auch die umwelt- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung werden in der Energieprognose thematisiert. Das Ziel, den

Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis zum Jahr 2020 auf 30 Prozent zu steigern, wird nur knapp verfehlt. Das Ziel, 18 Prozent des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, wird mit nur zwei Prozentpunkten unterschritten. Deutlich verfehlt Deutschland allerdings sein Ziel, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Stattdessen berechnet die Energieprognose eine Reduktion von lediglich 34 Prozent.

Die Energieprognose 2009 finden Sie im Internet unter: www.zew.de/publikation5844

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de

Zweifel am Konjunkturaufschwung vor allem im angelsächsischen Raum

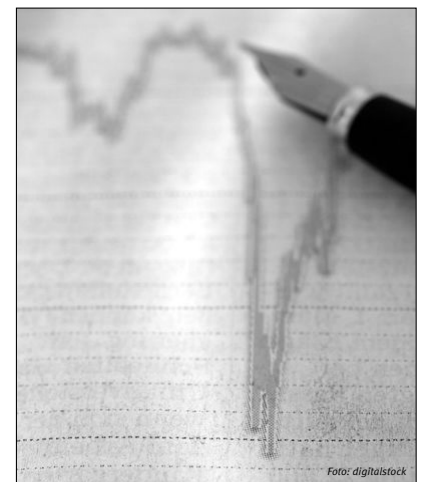
Deutschland feiert 2,2 Prozent Wirtschaftswachstum - das stärkste Quartalsergebnis seit der Wiedervereinigung. In den Vereinigten Staaten dagegen dämpfen schlechte Konjunkturprognosen und schwache Arbeitsmarktzahlen die Stimmung. Die Furcht vor einem erneuten Konjunkturreinbruch geht um. Das ZEW befragte 268 Finanzmarktexperten, wie sie die Gefahr eines wiederholten Konjunkturreinbruchs bewerten. Es zeigt sich, dass das Risiko einer negativen Wirtschaftsentwicklung für Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich deutlich niedriger eingeschätzt wird.

Zwar sind die Finanzmarktexperten der Ansicht, dass die Risiken für die deutsche Konjunktur geringer sind als für die Wirtschaft des angelsächsischen Raums, dennoch halten sie den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland nicht für gesichert. Dies wird daran deutlich, dass die befragten Finanzmarktexperten die Wahrscheinlichkeit eines Einbruchs der deutschen Wirtschaftsleistung bis zum Jahresende 2011 durchschnittlich auf immerhin 30 Prozent schätzen. Für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich taxieren die Umfrageteilnehmer dieses Risiko durchschnittlich sogar auf 45 Prozent.

Für das Szenario eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs fallen die Prognosen umgekehrt aus: Die Chancen hierfür werden für Deutschland bei durchschnittlich 50 Prozent gesehen. Für die Vereinigten Staaten schätzen die Finanzmarktexperten die Wahrscheinlichkeit auf 40 Prozent und für das Vereinigte Königreich auf rund 35 Prozent.

Hohe Unsicherheiten

Auffällig an den Umfrageergebnissen ist, dass nur wenige Teilnehmer eines der beiden Szenarien völlig ausschließen: ein äußerst geringer Anteil



Die Gefahr eines erneuten Konjunkturreinbruchs scheint im angelsächsischen Raum recht hoch.

der Einschätzungen bewegt sich im Bereich der sehr niedrigen oder der sehr hohen Wahrscheinlichkeiten. Insofern scheint die Unsicherheit über die längerfristige Entwicklung noch immer hoch zu sein.

Lorenz Kemper
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Hartz-Reformen senken Arbeitslosigkeit

Angesichts der stetig steigenden nicht-konjunkturell bedingten (strukturellen) Arbeitslosigkeit in Deutschland wurden im Zuge der Hartz-Gesetze substanzielle Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt. In einer kürzlich erschienenen Untersuchung des ZEW (Discussion Paper 10-050) wird die Hartz IV-Reform auf Basis eines dynamischen Gleichgewichtsmodells evaluiert. Als Erfolgsmaß der Reform dient neben den Beschäftigungseffekten ein auf den Präferenzen der Haushalte beruhendes Wohlfahrtsmaß. Beide Maße fallen deutlich zu Gunsten der Hartz IV-Reform aus.

Der zentrale Zielkonflikt einer Arbeitslosenversicherung liegt in der Wahl zwischen einer Versicherung gegen den Beschäftigungsverlust auf der einen Seite und der Setzung von Suchanreizen zur Wiederaufnahme einer Arbeit auf der anderen Seite. Die Hartz IV-Reform gewichtete das Verhältnis zwischen Versicherungs- und Anreizeffekt zugunsten einer verstärkten Anreizsetzung neu.

Die erste Stufe der Reform trat im Januar 2005 in Kraft und führte Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zusammen, was eine Kürzung der Bezüge für Langzeitarbeitslose beinhaltete. Die zweite Stufe der Reform vom Februar 2006 reduzierte die maximale Bezugsdauer des regulä-

mittelt sie ferner, auf wie viel Prozent ihres Konsums die Haushalte in Deutschland bereit wären zu verzichten, damit die Reform durchgeführt wird.

Arbeitslosigkeit geht zurück

Die Berechnungen des ZEW zeigen, dass die erste Reformstufe zu einem Rückgang der strukturellen Arbeitslosenquote in Deutschland um 1,1 Prozentpunkte führt. Dies ist ein starker Effekt, wie das folgende Gedankenspiel deutlich macht: Um die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland um 1,1 Prozentpunkte ohne Reform zu senken, hätte die deutsche Wirtschaft dem Okunschen Gesetz zufolge um zusätzli-

vaten Konsums, der aufgrund seiner Bedeutung für die Wohlfahrt der Haushalte als Referenzwert verwendet wird. Um den Erfolg der Hartz-Reformen vollständig beurteilen zu können, verwendet die Untersuchung ein auf den Präferenzen der Haushalte beruhendes Maß. Die Reform verändert die Konsummöglichkeiten und somit die Konsumscheidung der Haushalte, was auch ihr Wohlbefinden beeinflusst. Als Maß für das Wohlbefinden wird die Nutzenfunktion herangezogen. Um die Reform nun zu evaluieren, vergleicht die Studie das Nutzenniveau vor der Reform mit dem realisierten Nutzenniveau nach der Reform. Darüber hinaus beantwortet sie die Frage, auf wieviel Prozent ihres Konsums die Haushalte bereit wären zu verzichten, damit die Reform durchgeführt wird. Ist der Wert positiv, so befürworten die Haushalte die Reform. Die Berechnungen zeigen, dass die Haushalte dauerhaft bereit wären, auf durchschnittlich 0,41 Prozent ihres Konsums zu verzichten, damit die Reform umgesetzt wird. Selbst die Empfänger von Arbeitslosengeld profitieren von der Reform, da die gesamtwirtschaftliche Produktionssteigerung ausreicht, die drohende Herabstufung auf ALG II überzukompensieren. Dagegen müsste der Konsum von ALG II Empfängern um 1,70 Prozent steigen, damit diese zwischen Durchführung und Nichtdurchführung der Reform unentschieden wären.

Makroökonomische Effekte der Arbeitsmarktreformen

| | Ausgangssituation | Hartz IV-Reform | |
|---|-------------------|-----------------|----------|
| | | Stufe I | Stufe II |
| Arbeitslosenquote | 7,50 % | 6,38 % | 6,25 % |
| Anteil der Langzeitarbeitslosen | 42,00 % | 32,80 % | 31,70 % |
| Kosten der Arbeitslosenversicherung in Konsumanteilen | 3,66 % | 2,69 % | 2,54 % |

ren Arbeitslosengelds auf 18 Monate. Beide Reformstufen sollen die Suchanstrengungen auf dem Arbeitsmarkt ermutigen und dadurch die strukturelle, das heißt die nicht-konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit senken.

Die vorliegende Studie berechnet auf Basis eines dynamisch stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells in einem ersten Schritt den Beschäftigungseffekt dieser Reformstufen. Um zu evaluieren, wie die Menschen in Deutschland die Reform bewerten, er-

che 2,2 Prozentpunkte wachsen müssen. Die Studie zeigt ferner, dass neben den Langzeitarbeitslosen auch die Kurzeitarbeitslosen ihre Suchanstrengungen verstärken, um der drohenden Herabstufung vom Arbeitslosengeld auf das Arbeitslosengeld II zu entgehen. Ihr Anteil am Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit liegt bei mindestens 43 Prozent. Als Folge dieses Beschäftigungsanstiegs sinken die Kosten des Arbeitslosenversicherungssystems von 3,66 Prozent auf 2,69 Prozent des pri-

Wirkung der zweiten Stufe gering

Verglichen mit der ersten Stufe führt die zweite Stufe der Hartz IV-Reform kaum zu einer Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands. Denn bei einer durchschnittlichen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit von etwa neun Monaten ist die Reduktion der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds auf 18 Monate nur für einen geringen Anteil der Haushalte bindend und erhöht deren Suchanstrengungen.

Martin Scheffel, scheffel@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Innovative Unternehmen lassen sich von Kreditabsagen weniger bremsen

Um Investitionsvorhaben umzusetzen, sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland besonders auf die Finanzierung durch Banken angewiesen, da sie häufig keinen Zugang zur Börse oder zum Kapitalmarkt haben. Eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der KfW Bankengruppe untersucht, auf welche Finanzierungsquellen KMU ausweichen und wie sie ihr Investitionsvolumen anpassen, wenn ihre Kreditanträge von Banken abgelehnt werden. Dabei unterscheidet die Untersuchung zwischen innovativen und nicht innovativen KMU.

Der Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-025) zufolge gilt ein Unternehmen als innovativ, wenn es kontinuierlich oder gelegentlich Forschung und

Unternehmen gelten als innovativ. 17,3 Prozent betreiben kontinuierlich, 14 Prozent gelegentlich FuE. Die Unternehmen beschäftigen im Schnitt 69



Innovativen Unternehmen gelingt es besser als ihrer nicht innovativen Konkurrenz, andere Finanzierungsquellen anzuzapfen, wenn Banken ihnen Kredite verweigern.

Entwicklung (FuE) betreibt oder wenn es in den vergangenen drei Jahren erfolgreich ein neues Produkt oder einen neuen Prozess am Markt einführen konnte. Die entsprechenden Informationen über Innovationsaktivitäten sowie zur Kredithistorie, zu geplanten und tatsächlich umgesetzten Investitionen sowie zu weiteren Firmencharakteristika enthält eine jährliche Unternehmensbefragung der KfW Bankengruppe, die repräsentativ für den deutschen Mittelstand ist. Insgesamt wertet die Studie Daten von 3.543 befragten Unternehmen aus. Es zeigt sich folgendes Bild: 64 Prozent der befragten

Mitarbeiter. Die durchschnittliche Umsatzrendite beläuft sich auf 3,8 Prozent, der Eigenkapitalanteil beträgt im Durchschnitt 18 Prozent und sie erreichen im Schnitt eine Kapitalintensität von 37,1 Prozent.

Kreditanträge innovativer Firmen werden häufiger abgelehnt

Die ökonomischen Berechnungen der Studie legen offen, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Kredit verwehrt zu bekommen, für Unternehmen sinkt, wenn sie hohe Umsatzrenditen, einen hohen Eigenkapitalanteil und eine hohe

Kapitalintensität aufweisen. Insgesamt tragen innovative Unternehmen ein deutlich höheres Risiko einer Kreditabsage, als nicht innovative Unternehmen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass Banken die Investitionen innovativer Unternehmen als vergleichsweise riskant bewerten, weil sie nur schwer einschätzen können, inwiefern Forschung und Entwicklung in gewinnbringende Produkte oder Prozesse mündet.

Kreative Alternativen

Die Berechnungen der Studie machen jedoch auch deutlich, dass innovative Unternehmen Kreditabsagen besser verkraften können. Verglichen mit nicht innovativen Unternehmen können sie im Fall einer Kreditablehnung zusätzliche 10,0 Prozentpunkte des Anteils von tatsächlichen zu geplanten Investitionen realisieren. Dass innovative Unternehmen trotz der ihnen verweigerten Kredite investieren können, liegt daran, dass sie die Fähigkeit haben, den Anteil der externen Eigenkapitalfinanzierung an der gesamten Investitionsfinanzierung zu erhöhen. Sie finanzieren 6,7 Prozent des Finanzierungsbedarfs mit externem Eigenkapital, während es bei von Banken abgelehnten nicht innovativen Unternehmen lediglich 1,1 Prozent sind. Externe Eigenkapitalfinanzierung umfasst die Finanzierung durch Business Angels, Wagniskapital und Eigenkapitalbeteiligungen zusätzlicher Eigentümer. Innovative Unternehmen werden möglicherweise von Banken abgelehnt, da Kredite keine optimale Finanzierungsform für sie darstellen. Wenn ihre Investitionsprojekte profitabel sind, gelingt es ihnen jedoch teilweise, neue Eigenkapitalinvestoren zu gewinnen.

*Dr. Elisabeth Müller, mueller@zew.de
Dr. Frank Reize, frank.reize@kfw.de*

Nachgefragt: Wo lohnt es sich aus steuerlicher Sicht zu investieren?

Hohes Steuerbelastungsgefälle in Asien – Hinsehen zahlt sich aus

Eine aktuelle Studie von PricewaterhouseCoopers (PwC), Universität Mannheim, ZEW und Universität Oxford untersucht die Steuerbelastung deutscher Direktinvestitionen im asiatisch-pazifischen Raum, Indien und Russland. Katharina Finke, für die Studie verantwortliche Wissenschaftlerin am ZEW, zeigt auf, dass längst nicht alle untersuchten Standorte für deutsche Investoren steuerlich attraktiv sind und ausländische Investitionen in vielen untersuchten Ländern höher belastet werden als vergleichbare Engagements in Deutschland.

Der Studie zufolge sind Hongkong und Singapur unter steuerlichen Gesichtspunkten die besten Standorte für Investitionen – warum?

In Hongkong und Singapur unterliegen die Direktinvestitionen deutscher Investoren im Schnitt einer effektiven Steuerbelastung von lediglich 11,8 Prozent beziehungsweise 17,3 Prozent. Das ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern im asiatisch-pazifischen Raum, aber auch im Vergleich zu Deutschland sehr niedrig. In Deutschland würde eine vergleichbare Investition mit 28,1 Prozent besteuert, in Japan und Indien sogar mit über 40 Prozent. Dass Hongkong und Singapur steuerlich so attraktiv sind, ist auf eine niedrige Ertragssteuerbelastung der dort erwirtschafteten Gewinne zurückzuführen. Hongkong bietet zudem sehr großzügige Abschreibungsvorschriften, die die steuerliche Bemessungsgrundlage vermindern. Im Gegensatz zu den meisten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum erheben Hongkong und Singapur außerdem keine Quellensteuern auf Dividenden, die an eine Muttergesellschaft in Deutschland fließen.

Wie ist das deutliche Steuerbelastungsgefälle zwischen den untersuchten Staaten zu erklären?

Im Mittelfeld liegen Staaten wie etwa Malaysia, Vietnam und Russland, die eine effektive Steuerbelastung zwischen 23 und 29 Prozent aufweisen. Dann folgt eine Reihe von Staaten mit einer Effektivsteuerbelastung von über

30 Prozent. Hierzu gehören etwa China und Thailand. Indien und Japan bilden mit über 40 Prozent das Schlusslicht. Diese deutlichen Unterschiede in der effektiven Steuerbelastung kommen zustande, weil sich die jeweiligen Steuer-



Basis des Mikrosimulationsmodells ZEW TaxCoMM.

Katharina Finke ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin im ZEW-Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf der Evaluation von Steuerreformen sowie auf internationalen Steuerbelastungsvergleichen. Im Rahmen ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der Steuerwirkungsanalyse nationaler und internationaler Besteuerungskonzepte in der Europäischen Union auf

systeme im Hinblick auf die Höhe der Ertragssteuersätze, den Umfang der Bemessungsgrundlage, die Erhebung von Vermögenssteuern und die Erhebung von Quellensteuern auf Dividenden und Zinsen unterscheiden.

Wo liegt Europa im globalen Steuerwettbewerb?

In den meisten osteuropäischen Ländern aber auch in Irland und Zypern liegt die Steuerbelastung auf ähnlich niedrigem Niveau wie in Hongkong und Singapur. Das Steuerbelastungsgefälle zwischen höchster und niedrigster Belastung ist jedoch deutlich weniger stark ausgeprägt. Selbst Frankreich, das innerhalb Europas die höchste effektive Steuerbelastung aufweist, unterschrei-

tet die Belastung Japans und Indiens deutlich.

Die Studie zeigt, dass Deutschland unter steuerlichen Gesichtspunkten attraktiver ist als China. Können deutsche Unternehmen getrost im eigenen Land bleiben?

Durch die Unternehmensteuerreform des Jahres 2008 und die damit verbundene Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 Prozent konnte die steuerliche Standortattraktivität Deutschlands verbessert werden. Im europäischen Steuerwettbewerb, aber

auch in Bezug auf Standorte im asiatisch-pazifischen Raum, Indien oder Russland, stärkte Deutschland seine Position dadurch deutlich. Die Anreize für steuermotivierte Standortverlagerungen schwächten sich somit ab.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass neben den steuerlichen Rahmenbedingungen die Attraktivität eines Landes für Investitionen von mehreren Einflussgrößen abhängt. Zu denken ist dabei beispielsweise an neue Absatzchancen, die Beschaffenheit der Infrastruktur, die Ausstattung mit wichtigen Ressourcen oder der Aspekt der Rechtssicherheit.

Katharina Finke, finke@zew.de
Kathrin Böhrmer, boehmer@zew.de

Fallende Arbeitseinkommensquote – Beleg für mehr Verteilungsungleichheit?

Die Arbeitseinkommensquote (AEQ) ist in Deutschland seit gut 25 Jahren tendenziell rückläufig. Besonders in den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts hat sich diese Dynamik beschleunigt. Der folgende Beitrag untersucht die Ursachen dieser Entwicklung und diskutiert, inwiefern sich die AEQ als Maß makroökonomischer Verteilungsungleichheit eignet.

Die Arbeitseinkommensquote (AEQ) ist der Anteil des gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommens am Volkseinkommen. Das Volkseinkommen wiederum ist die Summe aus Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Der Unterschied zur häufig zitierten Lohnquote besteht darin, dass die Einkommen Selbststän-

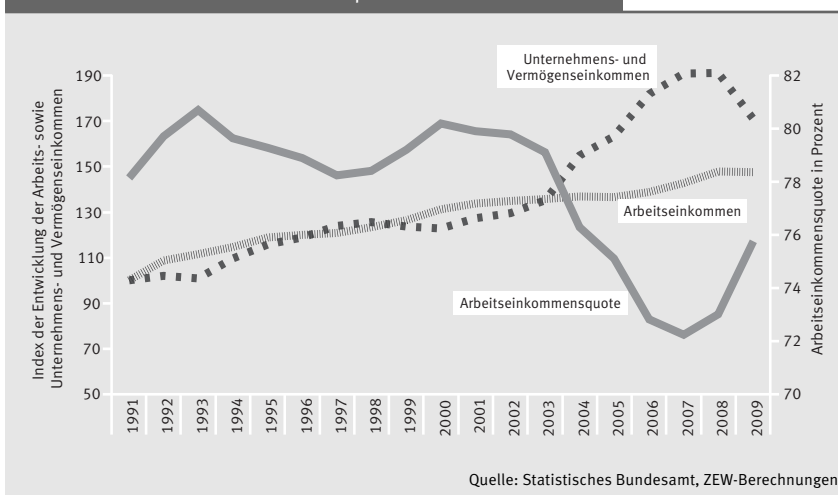
zurück. In der kurzen Frist wird die AEQ in erster Linie von konjunkturellen Bewegungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung getrieben. Sie verläuft dabei antizyklisch. Das liegt an der unterschiedlichen Volatilität der Arbeits- und Kapitaleinkommen. Während letztere im wirtschaftlichen Aufschwung schnell und stark ansteigen, reagieren die Ar-

ren ist (siehe Abbildung). Dieser Punkt ist auch für die Betrachtung von Wohlfahrtseffekten wichtig. Ein relativ weniger volatiles und damit sichereres Arbeitseinkommen ist aus Wohlfahrtsge-sichtspunkten durchaus positiv. Eine im Aufschwung fallende AEQ ist damit aus Arbeitnehmersicht nicht zwangsläufig negativ zu bewerten.

Strukturwandel als Einflussgröße

Betrachtet man die längerfristige Abwärtsbewegung der AEQ, zeigt sich der Strukturwandel als dominierende Größe. Die über die Jahre sinkende gesamtwirtschaftliche AEQ ist insbesondere durch die strukturwandelbedingt schrumpfenden Bruttowertschöpfungsanteile jener Sektoren mit relativ hoher Arbeitseinkommensquote zu erklären. Die gesamtwirtschaftliche AEQ ist die Summe der Arbeitseinkommensquoten der einzelnen Wirtschaftssektoren – gewichtet entsprechend ihres Beitrags zur Bruttowertschöpfung. Die AEQ eines besonders großen Sektors, beispielsweise des Maschinenbaus, fließt demnach mit stärkerem Gewicht in die gesamtwirtschaftliche AEQ ein als die eines Sektors mit geringerem Output. Folgendes Simulationsexperiment verdeutlicht den Einfluss des Strukturwandels. Der tatsächlichen Arbeitseinkommensquote wird eine hypothetische AEQ gegenüber gestellt, welche bei der Berechnung davon ausgeht, dass sich die Bruttowertschöpfungsanteile der einzelnen Sektoren seit 1970 nicht verändert haben. Das Experiment zeigt, dass bei unveränderter Gewichtung der einzelnen Wirtschaftssektoren nahezu die komplette Abwärtsdynamik der gesamtwirtschaftlichen AEQ wegfällt. Bewegungen in der AEQ gehen folglich nicht auf eine in allen Sektoren fallende AEQ, sondern auf die veränderten Beiträge der ein-

Verlauf der Arbeitseinkommensquote seit 1991



diger im Arbeitseinkommen berücksichtigt sind, während sie bei der Berechnung der Lohnquote den Kapitaleinkommen zugerechnet werden. Die Arbeitseinkommensquote liegt daher über der Lohnquote.

Die gesamtwirtschaftliche AEQ ist in Deutschland ab Mitte der 1980er Jahre bis zum Jahr 2007 um rund zehn Prozentpunkte auf einen Tiefstand von 73 Prozent gefallen. Aktuell liegt sie bei etwa 75 Prozent. Dieser Verlauf geht zum einen auf kurzfristige Einflüsse, zum anderen auf langfristige Trends

beitseinkommen in der Regel mit Verzögerung und weit weniger stark. Da die AEQ eine relative Größe ist, ergibt sich allein aus diesem Volatilitätsmuster eine fallende AEQ im Aufschwung – dafür reicht es aus, dass die Arbeitseinkommen weniger stark steigen als die Kapitaleinkommen. Ein spiegelbildlicher Verlauf ist in den Krisen Jahren 2008 und 2009 zu beobachten, in denen die AEQ stark anstieg, was in erster Linie auf einen massiven Einbruch der Kapitaleinkommen bei relativ konstanten Arbeitseinkommen zurück zu füh-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Starke Gewerkschaften haben einen positiven Einfluss auf die Arbeitseinkommensquote.

zelen Sektoren zur Bruttowertschöpfung zurück – mit anderen Worten auf den Strukturwandel.

Die ökonometrische Analyse zeigt weitere Faktoren auf, die zum langfristigen Absinken der AEQ beigetragen haben. Dies sind unter anderem der technologische Wandel, die internationale Arbeitsteilung und der Welthandel sowie das institutionelle Gefüge am Arbeitsmarkt. Aus dieser Gruppe sticht der technologische Wandel als stärkster Einflussfaktor hervor, während von der gestiegenen Einbindung Deutschlands in den Welthandel ein etwas geringerer, allerdings noch deutlich messbarer und negativer Einfluss ausgeht. Institutionen am Arbeitsmarkt haben unterschiedliche Effekte. Die Höhe der Auszahlung aus der Arbeitslosenversicherung wirkt tendenziell negativ, was über negative Beschäftigungswirkungen erklärt werden kann. Ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad hingegen hat, zumindest in der kurzen Frist, einen positiven Einfluss auf die AEQ.

Erzieltes Einkommen nicht nur aus Arbeit

Neben der Erforschung der Ursachen der Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung stellt sich die Frage, ob sich vom Verlauf der AEQ Aussagen bezüglich der makroökonomischen Verteilungsgerechtigkeit ableiten lassen. Zunächst ist es wichtig zu erken-

nen, dass die verfügbaren Einkommen nicht direkt den Arbeitnehmerentgelten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechen. Um Aussagen bezüglich der Verteilungsgerechtigkeit zu treffen, ist zu untersuchen, ob ein sinkender Anteil der Arbeitseinkommen durch steigende Kapitaleinkommen für Arbeitnehmer ausgeglichen wird. Beispiele sind Vergütungsbestandteile wie Aktien oder Einnahmen privater Haushalte aus Zinsen, Dividenden und Mie-

ten. Die AEQ zeigt damit nicht zwangsläufig einen Verfall des verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer an. Analysen auf Basis von Haushaltsdaten bestätigen die Bedeutung von Einkommen aus anderen Quellen als der Arbeit allein. Damit ist es schwierig, aus Bewegungen der Verteilungsrelation zwischen den Entgelten auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zu schließen.

Jedoch zeigt sich die Bedeutung kompensierender Kapitaleinkommen im Haushaltseinkommen nicht für alle Haushalte, sodass auf der Ebene der individuellen Einkommensverteilung Bewegungen zu verzeichnen sind. Gerade einkommensstarke Haushalte verzeichnen einen steigenden Anteil von Kapitaleinkommen am Haushaltseinkommen. Für Durchschnittsverdiener ist das nicht der Fall.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Eine fallende Arbeitseinkommensquote kann ein Hinweis auf Verschiebungen in der Verteilungsgleichheit sein, ein eindeutiger Beweis ist sie jedoch nicht.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

ZEW INTERN

Asiatische Finanzexperten zu Gast am ZEW

Bereits zum zweiten Mal machen 19 Expertinnen und Experten staatlicher Institutionen aus China und Vietnam eine Fortbildung am ZEW. Sie nehmen von September bis November 2010 an einem Weiterbildungsprogramm zum Thema Makroökonomie teil. Die Gruppe besteht unter anderem aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzministerien beider Länder, sowie der vietnamesischen Zentralbank, des Ministeriums für Planung und Investment in Vietnam und des chinesischen Handelsministeriums. In Zusammenarbeit mit externen Wissenschaftlern und Praktikern vermitteln Forscher des ZEW weiterführende Kenntnisse im Bereich der Fiskal- und Geldpolitik, der Arbeits-

und Finanzmärkte sowie der Handelspolitik. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt des zehnwöchigen Programms in der Analyse und Diskussion von Entwicklungsstrategien in China und Vietnam. Des Weiteren erwerben die Gäste aus Asien Fähigkeiten zum Verfassen und Präsentieren englischer Texte und Vorträge. Der Kurs am ZEW ist Teil des Trainingsprogramms "Strengthening Macroeconomic Policies", welches InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit organisiert. Von Seiten des ZEW betreut der Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung das Programm.

Wolfgang Schäuble über die Fiskal- und Finanzmarktpolitik nach der Krise

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen, referierte im September 2010 am ZEW über die Fiskal- und Finanzmarktpolitik nach der Krise. Zu der Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 400 Gäste begrüßen.

Zum Auftakt seines Vortrags erinnerte Schäuble daran, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht überwunden sei. Zwar werde der Bund in diesem Jahr nicht wie ursprünglich geplant neue Schulden in Höhe von 80 Milliarden

seite an. 40 Prozent der Einsparungen müssten jedoch durch „Einnahmeverbesserungen“ erzielt werden, betonte der Bundesfinanzminister. Insbesondere die Besteuerung im Energiebereich werde zusätzliche Einnahmen erbrin-



Foto: Dr. Uwe Klein, Birkenau

Bundesfinanzminister Schäuble plädierte am ZEW für einen wachstumsfreundlichen Sparkurs.

Euro machen, sondern bei der Neuverschuldung unter 60 Milliarden Euro bleiben. Dennoch könne auch ein Wirtschaftswachstum, das in diesem Jahr voraussichtlich bei um die drei Prozent liegen werde, das Minus von 4,7 Prozent aus dem vergangenen Jahr nicht wett machen. Die Wirtschaftsleistung werde frühestens im Jahr 2012 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Dies sei ein Jahr früher, als Bundesregierung und Bundesbank bislang angenommen hätten. Dennoch müsse die Haushaltspolitik konsequent am Sparkurs festhalten. Dazu setze er auf einen Konsolidierungskurs, der den Aufschwung nicht behindere, sagte Schäuble.

Das Sparpaket der Bundesregierung setze zu 60 Prozent auf der Ausgaben-

gen. Die Luftverkehrsabgabe, die ab dem Jahr 2011 für Passagierflüge von deutschen Flughäfen fällig werde, sei ein fairer Ausgleich für die bisherige Besserstellung des Luftverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern, etwa durch die Mineralölsteuerbefreiung für Kerosin. Mit der Brennelementesteuer würden künftig die zusätzlichen Gewinne der Energiekonzerne teilweise abgeschöpft, die sich aus einer Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ergäben. Zusätzlich komme auf die Energiekonzerne eine Abgabe zu, mit der der Ausbau erneuerbarer Energien direkt gefördert werden solle. Damit beschreite die Bundesregierung einen ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Konsolidierungspfad.

Die Krise der Finanzmärkte hat für Schäuble gezeigt, dass sich Märkte ohne funktionierende Regeln selbst zerstören. Die Globalisierung sowie die sich immer weiter entwickelnden Informations- und Kommunikationstechnologien machten das Setzen von Regeln jedoch immer schwieriger. Allerdings dürfe die Politik wichtige Reformen nicht mit dem Argument „wir machen das nur, wenn es auch auf globaler Ebene kommt“ verschleppen. Wenn keine weltweiten Lösungen möglich seien, müssten eben die Europäer voran gehen, sagte Schäuble.

Optimismus für Basel III

Derzeit sei es offen, ob eine internationale Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulationsgeschäften an den Börsen eingeführt werde. Er wolle sich jedoch dafür einsetzen, so Schäuble, dass diese Steuer auf jeden Kauf oder Verkauf von Aktien und anderen Wertpapieren zumindest in Europa eingeführt werde. Zuversichtlich sei er, dass die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrieländer die neuen Regeln für Geschäftsbanken, Basel III genannt, auf dem G20-Gipfel im November bestätigen würden. Die Banken müssten sich dann künftig mit größeren finanziellen Polstern für Krisen rüsten.

Die Schuldenproblematik Griechenlands habe jüngst gezeigt, dass eine Krise in „real-time“ auf andere Länder überspringen könne. Die Bürger in Deutschland hätten sich schwer getan, anderen Euroländern in der Schuldenkrise beizustehen. Die Diskussion, wonach die EU zu einer Transferunion werde, sei jedoch kontraproduktiv. Europa sei eine Solidargemeinschaft, von der gerade Deutschland profitiere. Dies den Bürgern zu vermitteln, sei eine wichtige Zukunftsaufgabe der Politik.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW auf zahlreichen wissenschaftlichen Konferenzen vertreten

Dem Austausch von Forschungsergebnissen mit Forschenden aus aller Welt wird am ZEW große Bedeutung beigemessen. Besonders deutlich wird dies durch die rege Teilnahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW an na-

tionalen und internationalen Konferenzen. Allein von Anfang August bis Ende September dieses Jahres trugen die folgenden ZEW-Mitarbeiter bei 14 internationalen Konferenzen vor. Um die verschiedenen Interessengebiete der Wis-

senschaftler aufzuzeigen, sind die Themen der jeweiligen Vorträge angegeben.

Eine Kontaktaufnahme mit den Forschenden ist höchst willkommen. Sie finden die einzelnen Mitarbeiter im Internet unter www.zew.de/mitarbeiter

Academy of Management (AOM)**6.8. -10.8.2010**

Christoph Grimpe: Searching for Innovation in Market and Transition Economies: Evidence from Ten European Countries.

**Econometric Society
World Congress 2010****17.8. -21.8.2010**

Thomas Walter: Short-Term Training Programs for Immigrants: Do Effects Differ from Natives and Why?

**ERSA (Joint Congress of the European
Regional Science Association)****19.8.-23.8.2010**

Kathrin Müller: Employment Growth in Newly Established Firms – Is there Evidence for Academic Entrepreneur's Human Capital Depreciation?

**IIPF (International Institute of Public
Finance)****23.8. -26.8.2010**

Steffen Osterloh: Partisan Politics in Corporate Tax Competition.

Florian Misch: Fiscal Policy and Growth with Complementarities and Constraints on Government.

Daniel Dreßler: Investment Impact of Tax Loss Treatment – Empirical Insights from a Panel of Multinationals.

Benedikt Zinn: Non-profit Taxation on Corporations in the EU: Lessons from Corporate Tax Reforms in Germany and Tax Implications of the Global Economic Crisis.

Tanja Hennighausen: Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes toward Progressive Taxation.

Katharina Finke: Assessing the Impact of ACE and CBIT Regimes on Heterogeneous Firms and Aggregate Tax Revenue – A Microsimulation Analysis for Germany.

Christof Ernst: Taxation, R&D Tax Incentives and Patenting in Europe.

Sarah Borgloh: Small is Beautiful – Experimental Evidence of Donors' Preferences for Charities.

EEA (European Economic Association)**23.8. -26.8.2010**

Sandra Schmidt: Why do Financial Market Experts Misperceive Future Monetary Policy Decisions?

Thomas Walter: Short-Term Training Programs for Immigrants: Do Effects Differ from Natives and Why?

Julia Horstschräer: The Effects of the Bologna Process on College Enrollment and Drop-out Rates.

Michael Kummer: 99 Cents – Price Points in E-Commerce.

Holger Stichnoth: You Can't Be Happier than Your Wife: Happiness Gaps and Divorce.

Jan Fries: Specific Measures for Older Employees and Employment Duration.

Stephan Dlugosz: Fixing the Leak: Unemployment Incidence Before and After a Major Reform of Unemployment Benefits in Germany.

Christian D. Dick: Macro Expectations, Aggregate Uncertainty, and Expected Term Premia.

Holger Bonin: Can Role Models Enhance Gender Equality on the Labour Market? Evidence from the Post-Unification Migration Experiment.

Karsten Reuß: The Role of Parental Investments for Cognitive and Noncognitive Skill Formation – Evidence for the First Eleven Years of Life.

Victoria Alexeeva-Talebi: Cost Pass-Through in Strategic Oligopoly: Sectoral Evidence for the EU ETS.

Diana Heger: Losing the Lead? An Empirical Investigation of the Decision to Patent.

Susanne Neckermann: Getting More Work for Nothing? Symbolic Awards and Worker Performance.

**ISEE (International Society of
Ecological Economics)****22.8. - 25.8.2010**

Daniel Osberghaus: Adaptation to Climate Change – The Role of the Government.

European Finance Association**25.8. -28.8.2010**

Tereza Tykvova: Overcoming Distances via Syndication with Local Friends: The Case of Venture Capital.

**EARIE (European Association for
Research in Industrial Economics)****2.9. - 4.9.2010**

Jenny Meyer: IT Is Never too Late for Changes? Analysing the Relationship between Process Innovation, IT and Older Workers.

Jörg Ohnemus: IT Outsourcing and Employment Growth at the Firm Level.

Anja Schmiele: The Contribution of International R&D to Firm Profitability.

Benjamin Engelstätter: Enterprise Systems and Innovations.

Michael Kummer: 99 Cents – Price Points in E-Commerce.

Christian Köhler: Buyer Power and Suppliers' Incentives to Innovate.

Kathrin Müller: Churning of R&D Personnel and Innovation.

Kai Hüschelrath: Airline Alliances, Antitrust Immunity and Market Foreclosure.

Verein für Socialpolitik**7.9. - 10.9.2010**

Anja Heinze: Escaping Low Earnings in Germany – Do Employer Characteristics Make a Difference?

ZEW INTERN

Sandra Schmidt: Why do Financial Market Experts Misperceive Future Monetary Policy Decisions?

Matthias Köhler: Bank Owners or Bank Managers: Who is Keen on Risk? Evidence from the Financial Crisis.

Michael Kummer: 99 Cents – Price Points in E-Commerce.

Florian Misch: Fiscal Policy and Growth with Complementarities and Constraints on Government.

Benjamin Engelstätter: Enterprise Systems and Innovations.

Kathrin Müller: Entrepreneurs' Human Capital and Heterogeneous Labour Demand of Newly Established Firms.

Jost Heckemeyer: Capital Structure Choice and Company Taxation: A Meta-Study.

Karsten Reuß: The Role of Parental Investments for Cognitive and Noncognitive Skill Formation – Evidence for the First Eleven Years of Life.



Das ZEW präsentiert sich mit einem Informationsstand auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Kiel.

Holger Stichnoth: You Can't Be Happier than Your Wife: Happiness Gaps and Divorce.

Jan Hogrefe: Readdressing the Trade Effect of the Euro: Allowing for Currency Misalignment.

Verena Niepel: The Importance of Cognitive and Social Skills for the Duration of Unemployment.

Daniel Höwer: Information Externalities in Bank Based Financing for Private Innovation – Can Specialization Overcome Asymmetries?

Martin Scheffel: A Macroeconomic Model for the Evaluation of Labour Market Reforms.

Melanie Arntz: Can Role Models Enhance Gender Equality on the Labour Market? Evidence from the Post-Unification Migration Experiment.

Andreas Löschel: EU Climate Policy Up to 2020: An Economic Impact Assessment.

Tobias Veith: Mobile Network Interconnection and Investments.

Steffen Osterloh: Partisan Politics in Corporate Tax Competition.

Astrid Dannenberg: On the Formation of Coalitions to Provide Public Goods - Experimental Evidence from the Lab.

Tim Mennel: Comparing Feed-In-Tariffs and Renewable Obligation Certificates – a Real Option Approach.

Bettina Müller: Ability Matching and Survival of Start-Ups.

Susanne Steffes: Individual Performance and Employment Behaviour After Maternity Leave: Evidence Based on Company Data.

Jörg Ohnemus: Productivity Effects of Business Process Outsourcing (BPO): A Firm-level Investigation Based on Panel Data.

Diana Heger: Losing the Lead? An Empirical Investigation of the Decision to Patent.

ITS Conference

13.9. -15.9.2010

Tobias Veith: European Telecommunication Regulation: Effects on Telecommunication Providers.

Statistische Woche

14.9. -17.9.2010

Irene Bertschek: IT is Never too Late for Changes? Analysing the Relationship Between Process Innovation, IT and Older Workers.

EPIP (European Policy for Intellectual Property)

Annual Conference

20.9. - 21.9.2010

Anja Schmiele: Intellectual Property Infringements due to R&D Abroad? A Comparative Analysis Between Firms with International and Domestic R&D Activities.

Franz Schwiebacher: Information, Reputation and Innovation: Do Firms Profit from the Joint Use of Patents and Trademarks?

European Association of Law and Economics (EALE)

23.9. -25.9.2010

Tobias Veith: European Telecommunication Regulation: Effects on Telecommunication Providers.

Kai Hüscherlath: Merger Remedies Involving Restructuring Costs in a Cournot Framework.

10th Comparative Analysis of Enterprise Data & Cost Conference 2010

24.9. -26.9.2010

Daniel Höwer: Information Externalities in Bank Based Financing for Private Innovation – Can Specialization Overcome Asymmetries?

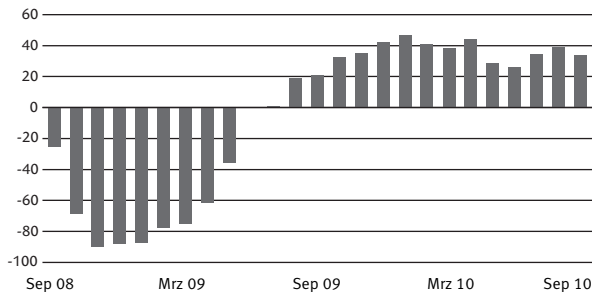
Anja Heinze: Escaping Low Earnings in Germany – Do Employer Characteristics Make a Difference?

Jan Fries: Specific Measures for Older Employees and Employment Duration.

Nicole Gürtzgen: Wage Insurance within German Firms: Do Institutions Matter?

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im September 2010

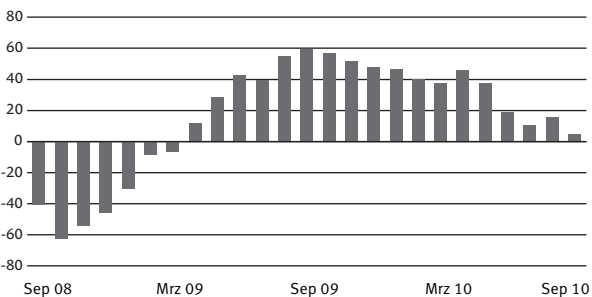


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Keine Zinserhöhung in Sicht

Nach Auffassung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten ist es im September noch unwahrscheinlicher geworden, dass die EZB die Leitzinsen im nächsten halben Jahr erhöht. So beträgt der Anteil derer, die von gleichbleibenden Zinsen ausgehen, 63,9 Prozent. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass sich die Sechs-Monats-Aussichten für die Konjunktur im Euroraum in diesem Monat weiter eingetrübt haben: Bei schwacher Konjunktur ist ein starker Inflationsdruck unwahrscheinlich und niedrige Zinsen können das Wachstum stützen.

Christian D. Dick, dick@zew.de



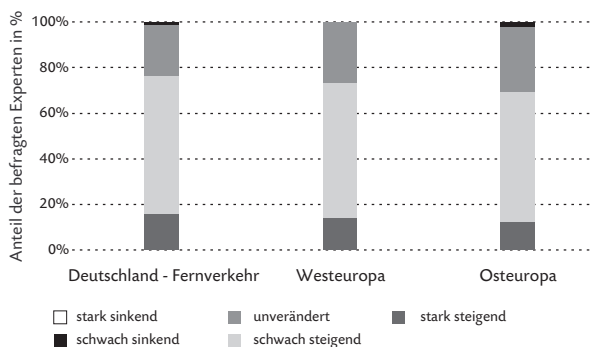
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

Eurozone: Stabile Konjunktorentwicklung

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone rechnen die Experten auf Sicht eines halben Jahres mit keinen nennenswerten Änderungen. Mehr als die Hälfte der Befragten geht von einer unveränderten konjunkturellen Entwicklung aus. Die aktuelle wirtschaftliche Lage im Euroraum bewerten sie mit minus 6,3 Punkten deutlich schlechter als die Lage in Deutschland (minus 59,9 Punkte), aber immerhin besser als die Situation in den Vereinigten Staaten (minus 41,5 Punkte) und im Vereinigten Königreich (minus 32,6 Punkte).

Christian D. Dick, dick@zew.de

Positive Erwartungen für das Straßengüterverkehrsaufkommen

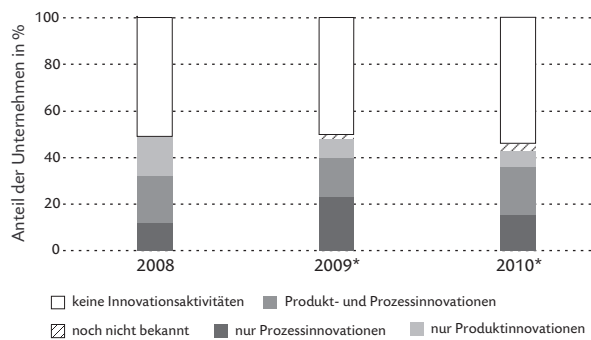


Quelle: ZEW

Das Straßengüterverkehrsaufkommen erholt sich allmählich. Dies galt bisher zwar nicht so sehr für den deutschen Lkw-Verkehr, der auch im ersten Quartal 2010 nochmals Transportmengen eingebüßt hat, sondern vor allem im Fernverkehr und den grenzüberschreitenden Routen. Über drei Viertel der von ProgTrans/ZEW befragten Experten erwarten jedoch, dass das Lkw-Aufkommen im deutschen Fernverkehr im kommenden halben Jahr zunehmen wird. Für die Westeuropa-Routen gehen über 70 Prozent von einem steigenden Transportaufkommen im Straßengüterverkehr aus. Für Osteuropa erwarten dies knapp unter 70 Prozent der Experten.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Finanzdienstleister: weniger Produktinnovationen, mehr Prozessverbesserungen



* Plandaten vom Frühjahr/Sommer 2009

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Finanzdienstleistungsbranche (Banken, Versicherungen, Vermittlung von Finanzprodukten) reagiert auf die Finanzkrise der Jahre 2008/09 mit einer merklichen Verstärkung von Prozessinnovationsaktivitäten, um so Kosten zu senken und interne Abläufe zu straffen. Während 2008 erst 32 Prozent der Finanzdienstleister neue Verfahren vorangetrieben haben, wird diese Quote 2009 voraussichtlich bei 40 Prozent liegen. 2010 wollen 36 Prozent Prozessinnovationen umsetzen. Produktinnovationen wie etwa neue Anlage- oder Versicherungsprodukte haben dagegen an Bedeutung verloren.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Hitparade

Wir schreiben das Jahr 2015 und es ist mal wieder Montagmorgen. In den Universitäten sitzen die Wirtschaftswissenschaftler spannungsgeladen vor ihren Bildschirmen, denn pünktlich um 10.00.00 Uhr kann man beim

Handelsblatt die wöchentliche Ranking-Liste herunterladen. Wie üblich bricht der Server unter dem Ansturm der Anfragen erst einmal zusammen. Aber endlich ist es soweit, die Hitliste kann eingesehen werden. Für jeden Wissenschaftler und jede Fakultät wird, fein säuberlich getrennt nach A-Journals, B-Journals – und horribile dictu – C-Journals, die Anzahl der Publikationen und Zitierungen und deren Veränderungen ausgewiesen und eine Best-Performance Rangliste gleich mitgeliefert.

Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität X ist alarmiert. Sie ist von Platz 11 auf Platz 13 gefallen, die Schande groß. Schuld ist Kollege Y, mal wieder. Er hat in der letzten Woche weder hochrangig publiziert, noch ist er in einem Beitrag zitiert worden. Der Dekan ruft eine Sondersitzung des Fakultätsrats ein. Kollege Y gibt sich zerknirscht und gelobt Besserung, weist indes darauf hin, dass die Tragweite seines eingereichten nobelpreisverdächtigen Artikels immer noch nicht erkannt sei und der Herausgeber des A-Journals, der den Beitrag abgelehnt habe, bekanntlich die Ignoranz in Person sei. All dies weise doch wohl auf die Unzulänglichkeit der Hitliste hin. Kollege Y ist offensichtlich in der Midlife-Krise angekommen.

Die Fakultät gibt sich damit nicht zufrieden. Hatte sie doch in der Zielvereinbarung mit dem Rektorat, als es um die Mittelzuweisung ging, zugesagt, mindestens Platz 10 zu erreichen. Abhilfe tut also not und sie erscheint in Gestalt der neu zu besetzenden Professur für Wirtschaftspolitik. Der oder die zu Berufende müsse das aufgetretene Defizit überkompensieren und dafür käme nur Kollege Z von der US-Top-10 Universität V in Betracht. Einwände werden vom Tisch gewischt: Dass Kollege Z ausschließlich Wirtschaftstheorie betreibe und sich keinen Deut um wirtschaftspolitische Anwendungen kümmere. Dass Kollege Z dem erfolgreichen Zitationszirkel „do ut des“ angehöre. Dass Kollege Z eigentlich

immer das selbe in Form eines Themas mit Variationen schreibe. Dass Kollege Z ein notorischer Eigenbrötler sei, unfähig zu kommunizieren und ein Amt in der akademischen Selbstverwaltung zu bekleiden. Und so geht es weiter. Kollege Z wird schließlich berufen, selbstverständlich von Lehrverpflichtungen, erst recht im Grundstudium, befreit. Das erledigt zur Strafe jetzt Kollege Y, die Leidensfähigkeit der Studierenden wird das auch noch verkraften.

Zurück ins Jahr 2010. Karikaturen wie die obige übertreiben natürlich mehr oder weniger stark und deshalb braucht sich keine Fakultät vollumfänglich angesprochen zu fühlen. Aber Karikaturen besitzen meist einen wahren Kern. Er drückt im vorliegenden Zusammenhang die Sorge aus, dass das Pendel bei der Gewichtung von Publikationen und Zitierungen im Rahmen der Leistungsbewertung von Wissenschaftlern zu weit ausgeschlagen hat, etwa in der Form, dass sich Fakultäten mit ihrer Berufungspolitik ausschließlich in Ranking-Listen einkaufen wollen, koste es was es wolle. Dabei werden andere wichtige Aufgaben oft übersehen oder untergewichtet, vor allem die Lehre, aber nicht nur sie, sondern etwa auch Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung und in der institutionalisierten wirtschaftspolitischen Beratung.

Sicherlich gibt es hervorragende Forschungspersönlichkeiten, die sich zudem erfolgreich in der akademischen Lehre engagieren. Sie stellen einen Gewinn für jede Fakultät dar. Das Problem beginnt mit in der Forschung bestens ausgewiesenen Personen, die den Aufwand, den eine gute Lehre erfordert, scheuen und diese verweigern. Dem Ranking täte ihre Berufung gut, die Lehre bliebe (partiell) auf der Strecke. Diese Leute von der Lehre freizustellen, schafft böses Blut in der Fakultät, denn andere Mitglieder müssen die Lücke füllen. Und noch einen Schritt weiterzugehen und gemäß dem Prinzip der Arbeitsteilung generell eine Trennung in Forschungsprofessuren und Lehrprofessuren vorzunehmen, hieße, eine Zweiklassengesellschaft einzuführen. Dem inneren Zusammenhalt einer Fakultät dient dies nicht.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010